



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Seit Montag ist es auch aktenkundig: Die Mehrheit des Parlaments hat kein Vertrauen mehr in Bundeskanzler Olaf Scholz. Gerade noch die SPD stimmte für Scholz - und erhielt Unterstützung von drei AfD-Abgeordneten und drei fraktionslosen Abgeordneten, darunter zwei Ex-AfDlern. Eine bemerkenswerte Konstellation. Jetzt kann der Bundespräsident den Bundestag auflösen und so den Weg für die Neuwahl am 23. Februar nächsten Jahres freimachen.

In zwei Monaten können Sie als Wählerinnen und Wähler mit Ihrer Stimme den dringend notwendigen Politikwechsel herbeiführen. Schluss mit der Politik der Rezession des gescheiterten Kanzlers Scholz, die die Menschen und das Land immer ärmer macht, hin zu Wachstum, Wohlstand und Sicherheit mit einer unionsgeführten Regierung.

CDU und CSU wollen Entlastungen für Menschen und Unternehmen, um Freiräume für Wachstum und damit mehr Wohlstand zu schaffen. Die SPD aber will die gescheiterte Scholz-Politik nahtlos fortsetzen: Sie will weiter Politik auf Pump.

Immer mehr Schulden aber haben noch nie mehr Wohlstand erzeugt. Im Gegenteil: Schuldenpolitik ist unsozial. Die Folgen immer höherer Staatsschulden treffen vor allem jene am stärksten, die am wenigsten haben. Sie zerstören die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel, die am Ende die Schuldenlasten von heute tragen müssen. Wohin immer höhere Staatsschulden führen, sehen wir in Frankreich: in die politische Handlungsunfähigkeit.

Wer gedacht hatte, Scholz würde angesichts seines Scheiterns wenigstens einen Anflug von Selbstkritik zeigen oder sich gar für sein Versagen entschuldigen, sah sich getäuscht. Stattdessen überzog er Kritiker mit persönlichen Herabsetzungen. Und dann kündigte er im Fernsehen auch noch an, er werde jetzt erstmal mit Freunden feiern gehen. Als gäbe es angesichts der Lage irgendetwas zu feiern.

Ich wünsche Ihnen trotz der unruhigen Zeiten einen ruhigen vierten Advent, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2026 - und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

CDU/CSU: Politikwechsel für Wachstum und Sicherheit



CDU und CSU haben in dieser Woche im Bundestag einen grundlegenden Politikwechsel für [Wachstum, Beschäftigung](#) und [Sicherheit](#) gefordert. In zwei umfangreichen Anträgen legten sie umfassende Maßnahmen zur Überwindung der anhaltenden Rezession und für mehr Sicherheit vor.

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft sollen neben Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen intensivere Bemühungen um den Abschluss von Freihandelsabkommen und die Ratifizierung des Mercosur-Handelsabkommens mit mehreren südamerikanischen Staaten beitragen. Eine neue Energie-Agenda soll die Kosten der Energiewende deutlich senken, eine „Gründerschutzzone“ soll Unternehmen in der Startphase von Bürokratie befreien.

Die Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge von Vollzeitbeschäftigten sowie für die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentnerinnen und Rentner soll Mehrarbeit und Beschäftigungsaufnahmen attraktiver machen.

Zur Erhöhung der Inneren Sicherheit sollen Polizei und Strafverfolgungsbehörden u.a. durch mehr digitale Kompetenzen wie IP-Adressen-Speicherung, Gesichtserkennung oder

Analysesoftware sowie Verbesserung der Cybersicherheit gestärkt werden. Weitere Eckpunkte sind eine bessere Ausstattung und Besoldung von Polizistinnen und Polizisten, eine höhere Polizeipräsenz sowie eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Islamismus und Antisemitismus. Ein besserer Schutz für Einsatz- und Rettungskräfte, die Abschaffung des Cannabis-Gesetzes sowie den Schutz vor häuslicher Gewalt ergänzen den Maßnahmenkatalog.



Sebastian Brehm: „Die Scholz-Regierung hat unser Land in heruntergewirtschaftet. Die verheerende Bilanz: Steigende Arbeitslosigkeit, die höchste Zahl von Firmeninsolvenzen seit 20 Jahren, bei der Wirtschaftsentwicklung Schlusslicht unter den Industrienationen – und der Staat greift den arbeitenden Menschen immer tiefer in die Tasche. Wir wollen einen neuen Aufschwung, um das Wohlstandversprechen der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern.“

Scholz-Blockade bei kalter Progression durchbrochen



Erst versuchten SPD und Grüne, den Ausgleich der kalten Progression zu stoppen. Dann entdeckte Noch-Kanzler Olaf Scholz, dass der Ausgleich noch vor der bevorstehenden Neuwahl

erfolgen sollte – und blockierte sofort den Weg mit der Forderung, CDU und CSU müssten dafür einem Gesetz zustimmen, das weitere Bürokratielasten für Unternehmen bedeutet hätte. Angesichts der andauernden Rezession eine Zumutung. In dieser Woche nun konnte die Blockade durchbrochen werden.

Steuerzahler müssen nicht mehr befürchten, dass mehr Brutto am Ende zu weniger Netto auf dem Konto führt. Der steuerfreie Grundfreibetrag steigt zum 1. Januar 2025 ebenso wie der Kinderfreibetrag und das Kindergeld. Auch die Eckwerte für den Spitzensteuersatz und für den Solidaritätszuschlag werden angehoben.



Sebastian Brehm: „Die Überwindung der Scholz-Blockade ist ein Erfolg für alle arbeitenden Bürgerinnen und Bürger im Land. Die klare

Haltung von CDU und CSU hat Wirkung gezeigt: Ja zur Entlastung für alle, nein zu neuen Lasten für die Wirtschaft. Der Ausgleich der kalten Progression war für CDU und CSU immer eine Selbstverständlichkeit.“

Verfassungsgericht vor Antidemokraten gesichert



Die Wahlergebnisse extremistischer Parteien – zuletzt in Brandenburg, Thüringen und Sachsen –

haben die Sorge vor einer Blockade des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) durch antidemokratische Kräfte wachsen lassen. Mit einer Verfassungsänderung hat der Bundestag jetzt die Unabhängigkeit dieses zentralen Verfassungsorgans vor rechtsstaatsfeindlichen Übergriffen geschützt. Allein die AfD und BSW stimmten gegen den Schutz des Gerichts.

Mit der Verfassungsänderung wurden wesentliche Strukturmerkmale des BVerfG im Grundgesetz festgeschrieben. Das betrifft den Status des obersten deutschen Gerichts als Verfassungsorgan, seine Organisation sowie die Zahl der Senate und sowie der Richterinnen und Richter. Festgeschrieben im Grundgesetz ist nun auch die maximale Amtszeit der Richter von zwölf Jahren sowie deren Altersobergrenze. Gleiches gilt für Zuständigkeiten des Gerichts und die Bindungswirkung seiner Entscheidungen.

Bislang waren diese Bestimmungen durch ein einfaches Gesetz geregelt. Künftig sind Änderungen nur noch mit einer Zweidrittel-Mehrheit möglich.

Die obersten Richter werden weiter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit benannt werden. Um eine mögliche Blockade der Richterwahl zu verhindern, wurde ein Ersatzwahlmechanismus installiert.

Wenn die Richterwahl nicht binnen drei Monaten nach Vorlage eines Wahlvorschlags durch das zuständige Gremium Bundesrat oder Bundestag erfolgt, kann künftig das jeweils andere Verfassungsorgan die Wahl vornehmen. Die Verfassungsrichter dürfen zudem eigene Wahlvorschläge unterbreiten, wenn eine Richterwahl nicht innerhalb von zwei Monaten nach Ende der Amtszeit oder nach dem vorzeitigen Ausscheiden eines Mitglieds erfolgt.



Sebastian Brehm: „Mit dem Bundesverfassungsgericht haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren als eine der Lehren aus

dem Scheitern der deutschen Demokratie 1933 ein unabhängiges Verfassungsorgan zum Schutz der bürgerlichen Grundrechte und der freiheitlich-demokratischen Ordnung ins Leben gerufen. Diese Entscheidung hat sich bewährt. Heute aber müssen wir erkennen, dass das Bundesverfassungsgericht selbst mehr Schutz braucht. Dieser Schutz ist kein Selbstzweck. Er dient dem Schutz der Rechte aller.“

CDU/CSU wirkt: Scholz-Regierung muss Eisenbahngesetz revidieren



Unter dem Druck der Proteste von CDU und CSU, aber auch der Kommunen musste die noch amtierende Scholz-Regierung jetzt eine gerade vor einem Jahr durchgedrückte Änderung des Eisenbahngesetzes zurücknehmen. Die Änderung hatte eine anderweitige Verwendung nicht mehr benötigter Bahnflächen faktisch blockiert – und damit auch viele kommunale Vorhaben für mehr Wohnungsbau.

Eine Umwidmung war seit Ende 2023 nur noch möglich, wenn kein langfristiger Nutzungsbedarf

für den Bahnbetrieb bestand. Selbst dann galt dies nur für Vorhaben von ‚überragendem öffentlichem Interesse‘ – wozu interessanterweise der Wohnungsbau nicht gezählt wurde.

Nun folgt die Rolle rückwärts nach deutlichen Protesten. Die vertrackte Klausel soll nun wieder aus dem Gesetz verschwinden.



Sebastian Brehm: „Dieses Hü und Hott ist ein beredtes Beispiel für die chaotische Politik der gescheiterten Ampelkoalition. Es wird Zeit, dass wieder Sachverstand in die Politik einzieht.“

Unterwegs in der Vorweihnachtszeit

Die Weihnachtsmärkte und -feiern sind allüberall fester Bestandteil der Adventszeit. Es ist nicht nur Vergnügen und heiteres Beisammensein. Es sind auch Momente des Innehaltens und des Blicks zurück und nach vorn - eine ganz besondere Atmosphäre so kurz vor dem Jahreswechsel. Ich genieße diese Zeit und das Zusammenkommen mit ganz unterschiedlichen Menschen immer wieder aufs Neue.



Am zweiten Adventswochenende habe ich deshalb die stimmungsvollen Weihnachtsmärkte in Mögeldorf und Laufamholz besucht, die mit

festlicher Beleuchtung, weihnachtlicher Musik und liebevoll dekorierten Ständen beeindruckten. Obwohl das Wetter nicht mitspielte, kamen dieses Jahr wieder viele Menschen zu den Stadtteilweihnachtsmärkten.

Ein herzlicher Dank gilt allen Vereinen vor Ort und den zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz die Organisation und Durchführung der Märkte ermöglichten.



Eine besondere Begegnung bescherte mir die Weihnachtsfeier der Senioren im Hl. Geist Spital. Ich durfte das Christkind begrüßen. Es ist schön, so viele glückliche Gesichter zu sehen, wenn das Christkind seinen Prolog zum Besten gibt. An dieser Stelle gilt ein besonderer Dank an alle Pflegefachkräfte für ihren unermüdlichen Einsatz in den verschiedenen Heimen und Krankenhäusern. Mein besonderer Dank gilt auch der Heimleiterin und Organisatorin Paula Schwab.



Bei der Weihnachtsfeier des CSU-Ortsverbandes Altstadt habe ich für die großartige Arbeit im zurückliegenden Jahr gedankt. Lasst uns gestärkt

in ein neues Jahr starten und uns für einen Politikwechsel einsetzen. Euch allen eine schöne Weihnachtszeit!



Das Restaurant „Mylos“ war bis auf den letzten Platz gefüllt bei der Weihnachtsfeier des CSU-Kreisverbandes Ost, die ich besuchen durfte. Die meistgestellte Frage des Abends: „Was passiert am Montag bei der Vertrauensfrage und danach?“ Vielen Dank für den schönen Abend und ein besonderer Dank an unseren Ministerpräsidenten Markus Söder für seinen Besuch in seinem Kreisverband.

Erbschaft- und Schenkungsteuer bleibt im Fokus



Das Erbschaft - und Schenkungssteuerrecht bleibt ein großes Gesprächsthema. Auf Einladung der Mittelstands-Union Roth habe ich in der vergangenen Woche im Gasthof Winkler in Thalmässing über die aktuellen Entwicklungen zu

diesem Thema gesprochen. Der volle Saal zeigte die anhaltende Wichtigkeit des Themas.

brehm.mobil on tour



Noch einmal vor Weihnachten ging es am Donnerstag vergangener Woche mit dem Brehmmobil in den Wahlkreis, diesmal nach Ziegelstein. Auch hier ist zu merken: Die Neuwahl des Bundestages nach dem Scheitern von Kanzler Olaf Scholz lässt das politische Interesse steigen. Die Menschen spüren, dass unser Land an einem Scheideweg steht. Dank an die zahlreichen Besucher für die vielen interessanten Gespräche.

Nach den Weihnachtstagen und dem Jahreswechsel geht es mit dem brehm.mobil im Wochentakt bis zur Bundestagswahl wöchentlich donnerstags in der Zeit **von 16 bis 18 Uhr** weiter.

Start ist am **16. Januar 2025**, vor dem Edeka-Markt in der Kieslingstraße in Erlenstegen.

Am 23. Januar 2025 stehe ich mit meinem umgerüsteten früheren Feuerwehrfahrzeug auf dem **Schillerplatz in Maxfeld** und am **30. Januar 2025** finden Sie mich mit dem rollenden Treffpunkt auf dem **Leipziger Platz am U-Bahn-Halt Nordostbahnhof**.

Dort stehe ich Ihnen persönlich für ihre Anliegen und für Fragen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag – und selbstverständlich auch zum Politikwechsel für eine erfolgreiche Zukunft in Deutschland - zur Verfügung.

Wie immer gibt es am Brehmmobil neben vielen Informationen auch kostenlosen heißen Kaffee oder Cappuccino.

Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zusenden: sebastian.brehm@bundestag.de.

Ich freue mich auf Sie!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.